



Handelszeitung
8021 Zürich
043/ 444 59 00
www.handelszeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Publikumszeitschriften
Auflage: 43'940
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 999.23
Abo-Nr.: 1074339
Seite: 23
Fläche: 38'427 mm²

Kurz vor dem Handschlag

STEUERSTREIT Im Steuerstreit mit Deutschland zeichnet sich eine Einigung ab. Ein neues Abkommen hätte weitreichende Folgen für die Banken und ihre deutschen Kunden.

NATALIE GRATWOHL

Gestohlene CD mit Kundendaten, Razzien und verschärfte Steuergesetze: Die vergangenen Monate waren nervenaufreibend für deutsche Steuerflüchtlinge. «Zwischenzeitlich hatte sich der Ansturm etwas gelegt, doch jetzt kommt bereits die nächste Welle», sagt Markus Baumgartner, Steuerberater bei Baumgartner Thiede. Haben sich bisher vor allem Sparer mit kleineren unversteuerten Beträgen bei ihm gemeldet, sind es seit Kurzem vermehrt Unternehmer mit Schwarzgeldern im zweistelligen Millionenbereich.

Der Grund für die neuste Aufregung in Deutschland ist der Steuerdeal zwischen der Schweiz und Deutschland, der derzeit auf den Weg gebracht wird. Die Sondierungsgespräche zwischen den beiden Nachbarländern dürften im Oktober in offizielle Verhandlungen münden. Ein Ergebnis ist noch vor Jahresfrist zu erwarten. Herzstück des neuen Abkommens ist die von der Schweiz propagierte Abgeltungssteuer, die nicht nur auf künftigen Erträgen, sondern auch auf dem alten Schwarzgeld bei Schweizer Banken erhoben werden soll (siehe Box).

Abgeltungssteuer ist teurer

«Eine pauschale Abgeltung für die Vergangenheit könnte deutlich teurer werden als eine Selbstanzeige, da die Anonymität der Eigentümer gewahrt bliebe», sagt Joachim Strähle,

CEO der Basler Privatbank Sarasin. Eine Selbstanzeige kostet im Durchschnitt etwa 20%, für die Abgeltungssteuer liegen die Schätzungen bei 25 bis 30%. «Dieser Unterschied könnte jetzt Steuersünder dazu bewegen, Selbstanzeige zu erstatten, bevor die Abgeltungssteuer eingeführt wird», sagt Baumgartner.

Es geht um sehr viel Geld: Schätzungen zufolge liegen rund 200 Mrd Fr. an unversteuerten Vermögen von deutschen Bürgern bei Schweizer Banken, so viel wie aus keinem anderen Land.

Bei einer Abgeltungssteuer von 25% auf bestehenden und deklarierten Geldern müssten dem deutschen Fiskus also auf einen Schlag rund 50 Mrd Fr. zufließen. Doch so einfach ist es in der Praxis dann doch nicht. «Die deutschen Steuerbehörden dürften enttäuscht werden wie schon bei der letzten Steueramnestie», erwartet Andreas Kolb, Partner bei der Anwaltskanzlei Eversheds Schmid Mängeat.

Grosse Fische entwischen

Denn bei den deutschen Kunden, auf deren Vermögen die Steuer erhoben wird, dürfte es sich vor allem um «kleinere Fische» handeln. Kunden mit grösseren Vermögen von über 10 Mio Fr. würden andere Wege wie zum Beispiel Stiftungen oder Trusts mit Underlying

Der Steuerstreit könnte noch vor Ende dieses Jahres beigelegt werden.

Companies offenstehen. Zudem werde es trotz aller Bemühungen wie bei der EU-Zinsbesteuerung weiterhin Schlupflöcher geben, um die Steuer zu umgehen: So haben nach Inkrafttreten der EU-Zinsbesteuerung vor allem Versicherungsmäntel einen regelrechten Boom erlebt.

Nicht zuletzt können deutsche Kunden, die keine Abgeltungssteuer abliefern wollen, ihr Vermögen auf einen anderen Finanzplatz wie zum Beispiel Singapur verlagern, wo das Bankgeheimnis noch keine Löcher aufweist.

Von Seiten der Schweizer Banken regt sich aber kaum Widerstand gegen die Abgeltungssteuer. Im Gegenteil, der Vorschlag kommt sogar ursprünglich aus ihren Reihen. Die Idee dahinter: Künftig soll die Steuerfrage vom Schutz der Privatsphäre getrennt werden, um den automatischen Informationsaustausch abzuwehren. Ebenso wichtig ist für die Banken aber auch die Vergangenheitsbewältigung. Mit der Legalisierung der Schwarzgelder wollen sie ihre Altlasten loswerden. Die mit diesen «toxischen Assets» verbundenen rechtlichen Ri-

siken sind für die Schweizer Institute mittlerweile sehr gross geworden. Denn wird ein Steuersünder erwischt, entlastet er sich häufig in Richtung Kundenberater und letztlich der Bank.

Die Schweizer Banken spielen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung einer Abgeltungssteuer. Wird ein entsprechendes Abkommen geschlossen, müssen sie auf den Vermögen deutscher Kunden anonym eine Abgeltungssteuer erheben, die sie den Steuerbehörden übermitteln. Dies ist für die Institute mit einem grossen finanziellen Aufwand verbunden. Die Bankiervereinigung schätzt die Umsetzungskosten auf einen dreistelligen Millionenbetrag.

Banken warten ab

Falls die Rahmenbedingungen bei einer möglichen Abgeltungssteuer ähnlich wie bei der EU-Zinsbesteuerung aussehen, rechnet Sarasin-CEO Joachim Strähle «mit einem grossen administrativen Aufwand». Da die Bank Sarasin nur einen geringen Anteil nicht deklarierter Gelder aufweise, würden die absoluten Kosten für die Bank jedoch nicht so hoch ausfallen.

Auch wenn die Überlegungen für die Umsetzung einer Abgeltungssteuer gemacht sind, befinden sich die Banken noch in Wartestellung. «Die Banken haben bislang keine Anpassungen der Systeme vorgenommen», sagt Thomas Sutter, Sprecher der Bankiervereinigung. Die Institute würden



Handelszeitung
8021 Zürich
043/ 444 59 00
www.handelszeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Publikumszeitschriften
Auflage: 43'940
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 999.23
Abo-Nr.: 1074339
Seite: 23
Fläche: 38'427 mm²

die Abgeltungssteuer erst umsetzen, wenn die Verhandlungen mit Deutschland abgeschlossen seien.

MEHR ZUM THEMA

- Bankensterben kommt schneller als erwartet.

EINIGUNG IN SICHT

Die Eckpunkte einer Lösung

Zentrale Abgeltungssteuer

Das Kernelement des Steuerdeals ist eine Abgeltungssteuer. Es gibt zwei Arten: Eine Steuer wird auf künftigen Erträge erhoben, eine andere auf den bestehenden, nichtdeklarierten Vermögen.

Erweiterte Besteuerung

Die Abgeltungssteuer geht über die EU-Zinsbesteuerung hinaus und erfasst auch Erträge aus Dividenden, Kapitalgewinnen sowie von juristischen Personen.

Marktzugang Im Gegenzug zu den Konzessionen auf der steuerlichen Seite will sich die Schweiz für ihre Finanzdienstleister einen verbesserten Zugang zum deutschen Markt aushandeln.

Neues Abkommen Das Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) wird wie angekündigt auf Steuerhinterziehung ausgedehnt – und geht allenfalls sogar noch weiter.

Gestohlene Daten Zum Deal gehört auch eine Vereinbarung zum Umgang mit gestohlenen Kundendaten.